

# Architektenvertretung im Umbruch

Interview mit Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer

*Mit Peter Conradi hat die Bundesarchitektenkammer (BAK) einen erfahrenen Bundespolitiker als Präsidenten. Bereits in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter hat er sich für den Vorrang der städtebaulichen Innenentwicklung eingesetzt und die Entwicklung von Baugesetzbuch und Bundesbaugesetz sowie den Aufbau der Raumordnungsinstrumente in Deutschland begleitet. Im September 2004 wird Peter Conradi sein Amt bei der BAK an eine/n Nachfolger/in übergeben – in diesem Jahr und in Zeiten des Umbruchs zum Beispiel von Arbeitsbedingungen für Kammern und Architektenschaft deshalb ein guter Zeitpunkt für Positionsbestimmungen und Rückblicke. Das Interview führten Rainer Bohne für die PlanerIn und Thomas Baum für die RaumPlanung.*

■ *Uns interessiert das Verhältnis der deutschen Kammern zu einem wachsenden Europa, in das Deutschland mit seinen föderalen Strukturen eingebunden ist. Wie schätzen Sie den Fortbestand der Länderkammern und der BAK ein? Wie ist die Erfahrung der BAK im Länderkonzert?*

Mit dem Zusammenwachsen der Europäischen Union und ihrer Erweiterung ist ein Teil der Wirtschaftspolitik nach Brüssel abgewandert. Andere Politikgebiete werden folgen – wie etwa die Sozial- oder die Haushaltspolitik. Die europäische Ebene und mit ihr die nationale Ebene gewinnen an Bedeutung. Die Tatsache, dass auf Bundesebene eine Politik- und Föderalismusdiskussion begonnen wird, zeigt, dass Bewegung in die Diskussion gekommen ist. Sicher wird sich im Verhältnis zwischen Länderkammern und Bundesarchitektenkammer etwas ändern. Dazu trägt auch die eher abnehmende Zahl der Architekten und Architektinnen, Stadtplaner und Stadtplanerinnen bei. Dies wird sich auf die Beitragseingänge der Kammern auswirken. Die Kammern werden, ob sie wollen oder nicht, zusammenarbeiten müssen. Es muss nicht jede Kammer alles machen. Man kann Dienstleistungen untereinander austauschen und kompatibel machen. Einiges könnte auch der BAK übertragen werden. Mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin wird beim Thema „BAK und Länderkammern“ ein reiches Arbeitsgebiet finden.

■ *Sehen Sie Chancen dafür, den Föderalismus im Kammerwesen auf lange Sicht zu überwinden? Kann es sein, dass es nur noch eine einzige deutsche Kammer geben wird?*

Keinesfalls würde ich die föderale Struktur aufgeben, weil sie gegenüber zentralistischen Systemen Vorteile hat. Ich bin sicher, dass die Länderkammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts weiter bestehen werden. Sie können die Betreuung der Architekten im Land und die Fortbildung mitgliedernah machen. Das könnte eine Bundeskammer nicht: Die wäre ein bürokratischer Wasserkopf. Wir haben in der BAK 15 Mitarbeiter. Die Kammer in Nordrhein-Westfalen hat über 40, die in Baden-Württemberg 30 Mitarbeiter. Die Länderkammern werden bleiben, aber der Schwerpunkt der Berufspolitik wird sich in Berlin entwickeln.

■ *Die Kammern bemühen sich sehr um das Wettbewerbswesen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben mit den „Regeln für die Auslegung von Wettbewerben“ (RAW) noch ein weiteres Pferd ins Rennen gebracht. Ist abzusehen, dass es hier europäische Regelungen geben wird, in welche die deutschen eingebettet werden?*

Das wäre schön, denn Deutschland war früher in Europa Vorbild für Wettbewerbe. Heute gibt es in Deutschland ein Gefälle von den Südstaaten zu anderen Ländern der Republik. Baden-Württemberg an der Spitze und Bayern, die eine Fülle von Wettbewerben haben, gewinnen auch zunehmend private Auslober für Wettbewerbe. Ich habe mich darum bemüht, die umständlichen, umfangreichen GRW-Richtlinien („Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe“; *Anmerkung der Redaktion*) zu lockern und praxisnäher zu machen. Das Wettbewerbswesen soll auch für Private praktikabel werden, zumal die privaten Bauherren zunehmend mehr planen und bauen als die öffentliche Hand. Wenn es gelingt, sie davon zu überzeugen, dass sie für ein vernünftiges Honorar eine tolle Auswahl von Entwürfen erhalten, wäre sowohl der Architektenschaft wie auch den Städten und den Bauherren gedient.

Zwischen den GRW- und RAW-Vertretern haben Gespräche stattgefunden. Es sieht so aus, dass wir einen Kompromiss finden. Im Herbst 2004 wird der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ein Kolloquium über Wettbewerbswesen durchführen und mit den Auslobern, sowie mit Architekten, Ingenieuren und Stadtplanern Gespräche führen, wie eine neue GRW aussehen könnte. Im Text wird wahrscheinlich vorne ein einfacher Grundsatzteil stehen, anschließend folgen Ausführungsvorschriften für öffentliche und Vorschläge für private Wettbewerbe. Das Ergebnis könnte die Grauzone von Mehrfachbeauftragungen, unterhonorierten Verfahren usw. etwas reduzieren und manchem klarmachen, dass es ein ordentliches Verfahren gibt, mit dem man Entwurfsideen erhalten kann.

■ *Aber diese „Grauzonen-Wettbewerbe“ werden teilweise auch durch öffentliche Institutionen durchgeführt.*

### Zur Person: Peter Conradi



Dipl.-Ing., Architekt

Geboren 1932 in Schwelm/Westfalen

1953 bis 1961 Studium der Architektur an der Technischen Hochschule Stuttgart

1961 bis 1963 Hochbauverwaltung Baden-Württemberg

1963 Regierungsbaumeister

1963 bis 1967 Assistent an der Universität Stuttgart

1967 bis 1972 Hochbauverwaltung Baden-Württemberg

1969 bis 1972 Leiter des Staatlichen Hochbauamts in Stuttgart

1972 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1972 bis 1974 Mitglied der SPD-Kommission zur Bodenrechtsreform

1973 bis 1998 Mitglied in der Baukommission des Ältestenrats

seit 1963 Mitglied der Architektenkammer Baden-Württemberg

seit 1998 Mitglied des Aufsichtsrats der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH (BBB)

seit 1999 Präsident der Bundesarchitektenkammer

Das stimmt, weil die GRW ja keine Rechtsverordnung sind, sondern vom Bundesminister nur empfohlen werden. Aber nicht einmal der Bund hält sich daran. Der Verteidigungsminister, der Bundesarbeitsminister oder das Auswärtige Amt – alle bauen so, wie sie wollen. Auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz fühlt sich nicht an die GRW gebunden. Die GRW sind eine lockere Vereinbarung. Mein Bestreben ist es, eine GRW zu bekommen, die auf breitem Konsens beruht.

Das Hauptproblem ist jedoch, dass in Deutschland weniger geplant und gebaut wird als früher. Gleichzeitig wächst die Zahl von Architekten und Architektinnen. Für einen Kindergarten in München kommen dann 600 Bewerbungen, die man nicht mehr jurieren kann. Die Zahl durch Losverfahren und Ähnliches vernünftig zu reduzieren, ist problematisch. Mehr Wettbewerbe würden schon etwas Erleichterung bringen.

■ *Wir haben die Initiative Baukultur von Anfang an unterstützt oder ins Leben gerufen. Sie macht gute Fortschritte etwa mit den Schwerpunkten Bewusstseinsbildung, Export von Planungsleistungen oder Nachwuchsförderung. Inwieweit kann die geplante Stiftung Baukultur diese Themen voranbringen – oder besteht die Gefahr, dass ein neuer Wasserkopf geschaffen wird? Können etwa die Länder, die ihre eigenen Stiftungen und Institutionen zur Unterstützung der Baukultur haben, der Bundesstiftung Konkurrenz machen?*

Die Initiative ist mit dem „Statusbericht Baukultur“ auf den Weg gekommen. Er hat dazu geführt, dass im Bundestag zum ersten Mal fraktionsübergreifend über das Thema Baukultur geredet wurde und dazu Entschlüsse gefasst wurden. Der erste Konvent setzte sich aus Preisträgern nationaler Architekturpreise der vergangenen Jahre zusammen. Mit einem umständlichen Verfahren, von dem ich nie gedacht habe, dass es funktioniert, wurde ein 20-köpfiges Präsidium gewählt, das sich jetzt konstituiert. Der zweite Konvent wird 2005 stattfinden, die Instrumente werden jetzt diskutiert.

Parallel dazu hat die Bundesregierung zugesagt, dass sie die Stiftung als gesetzliche Stiftung gründen und finanzieren wird. Gelegentlich hat es daran Kritik gegeben. Ich habe dann zurückgefragt: Wenn die Bundesregierung der deutschen Architektenschaft anbietet, eine Stiftung Baukultur zu gründen und auch noch Geld dazu zu geben, hätte ich da nein sagen sollen? Natürlich will ich diese Unterstützung. Der zweite Statusbericht zur Baukultur wird an der konkreten Baupolitik im Land zu messen sein. Ich möchte etwas mehr „Biss“ drin haben. Zwei Jahre nach dem ersten Bericht muss man sagen, was sich geändert hat und was nicht. Ich nehme an, dass wir die Stiftung im Jahr 2005 eingerichtet haben werden. Danach muss man sehen... Stiftungen haben einen Stiftungsrat, Kuratorien usw., aber es soll keine Stiftung der Kammern und Verbände sein. Wir stehen zwar als Geburtshelfer zur Verfügung, doch die Stiftung soll durch den Namen von Menschen, von herausragenden Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplanern oder auch Kritikern gewinnen.

■ *Was wird diese Stiftung in Zukunft wirklich leisten können? Wir haben auf der einen Seite die Verbände, die BAK, Institutionen, die kraft ihres Auftrags der Baukultur verpflichtet sind. Was bringt die Stiftung an „ Mehrwert“ oder was nimmt sie etwa der BAK an Aufgaben weg?*

Über jede Aufgabe, die man uns wegnimmt, wäre ich begeistert, weil wir viel zu wenig Personalkräfte haben – Hauptamtliche wie Ehrenamtliche. Die Länder haben Initiativen gegründet. Nordrhein-Westfalen hat eine eindrucksvolle Initiative „StadtBauKultur“ entwickelt... Konkurrenz belebt das Geschäft. Was die Bundesstiftung anbetrifft, so hoffe ich, dass wir mit ihr andere Adressaten errei-

chen. Wir selbst sind zu viel mit uns selber beschäftigt. Außerhalb und innerhalb der Architektenschaft gelten wir als Berufspolitik- und Lobbyvereine... furchtbare Typen, Funktionäre und so weiter. Wenn eine Reihe ausgesuchter öffentlicher „Lebemänner“ und „Lebefrauen“, die einen Namen haben, die Stiftung vorwärts bringen, bekommt das eine andere Dimension. Ich verspreche mir davon, dass die Stiftung an den Bundestag, die Landtage, an Gesetzgeber und Regierungen herantreten und sagen würde: Hallo, das kann doch wohl nicht sein, dass das Auswärtige Amt sich in New York ein Gebäude von einem Investor anmietet. Darin sitzt dann die deutsche Vertretung, während Österreich sich in New York ein wunderbares Kulturzentrum baut. Das Auswärtige Amt begreift gar nicht, dass wir auch in New York am Sitz der Vereinten Nationen an Architektur erkannt und identifiziert werden. Solche Verhaltensweisen müssen wir abstellen. Die Stiftung soll sich auch zu Fragen von Public Private Partnerships und Vorgängen äußern, wo versucht wird, die Architektur um der Ökonomie willen herauszudrängen.

■ *Sie haben einmal gesagt: „Früher wollten Ministerpräsidenten und Bürgermeister bauen, heute wollen sie nur noch möglichst viel sparen.“ Würde eine solche Stiftung dazu beitragen, dass sich das ändert?*

Ich hoffe, dass es der Stiftung gelingt, das Bewusstsein für die Bedeutung der gebauten Umwelt gerade bei den Verantwortlichen in den Kommunen und in den Ländern zu stärken, denn das sind bisher die größten Bauherren. Die Kommunen werden zukünftig weniger bauen als in der Vergangenheit. Wir haben sehr viele Museen, Theater, Schulen, Kindertagesstätten, Altenheime. In Deutschland wird es mehr darum gehen, vorhandene Gebäude umzubauen und an neue Lebensgewohnheiten und die demographische Entwicklung anzupassen. Es wird mehr um Umbau, Erweiterung, Veränderung gehen als um Neubau.

■ *Hinzu kommt das schwierige Stichwort Rückbau.*

Einige Städte werden weiter wachsen und andere Städte und Gebiete werden schrumpfen. Es erfordert mehr Planung, vernünftig zu schrumpfen, als neu zu bauen. Sonst erhält man Elendsgebiete, in denen die Hoffnung ganz dahingeht. Schrumpfung muss mit einer Verbesserung der Lebensumstände der dort wohnenden Menschen einhergehen.

■ *Beim Wachsen kommt das Geld aus dem Wachstum heraus, beim Schrumpfen aber nicht. Wir brauchen aber auch für den Rückbau von Infrastrukturen und Siedlungen Geld. Woher könnte dieses Geld denn kommen?*

Die Bundesregierung hat einen Prozess „Stadtumbau Ost“ in Gang gesetzt und auch anfinanziert. Der Rückbau von Wohnungsbauten allein unter dem Gesichtspunkt der Ren-

tabilität der Baugesellschaften in Ostdeutschland ist mir jedoch zu wenig. Ich war Mitglied der Jury zum Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ und habe da zum ersten Mal richtig begriffen, was passiert, wenn Stadtbauräte sagen: Wir werden kleiner, älter, ärmer. Das Thema wird eine Frage für den Finanzausgleich zwischen den Ländern und damit auch für die Bundespolitik sein. Es ist völlig widersinnig, wenn wir in Ostdeutschland „auf der grünen Wiese“ Eigenheime, Factory Outlets und Ähnliches steuerlich begünstigen und gleichzeitig die Innenstädte leer laufen lassen.

Man muss mit der Steuerpolitik, mit der Wohnungsbauförderung, mit der Entfernungspauschale gegensteuern. Der Rat für nachhaltige Entwicklung, der sich dem Thema der Flächeninanspruchnahme widmet, ist dabei, ein Maßnahmenbündel zu erarbeiten, wie man die Umwandlung von Naturflächen in Bauflächen bremst. Die Bundesregierung hat als Ziel erklärt, sie wolle diesen Prozess von jetzt 110 auf 30 Hektar pro Tag verlangsamen. Das ist ein mutiges Vorhaben. Dazu gehört eine Politik, die Verkehr und Verkehrsmittel, Städtebau und Innenstadtentwicklung oder etwa Gewerbeansiedlung nicht getrennt voneinander behandelt.

- Anzeige -



## Verband von Planerinnen und Planern

- Der IfR ist ein Forum für Information und Kommunikation über raumplanerische Themen.
- Der IfR vertritt die berufsständischen Interessen von Planerinnen und Planern.
- Der IfR veranstaltet bundesweite Jahres- und Fachtagungen.
- Die Arbeitskreise und Regionalgruppen des IfR bilden den Kern des bundesweiten fachlichen Netzwerks.
- Der IfR lobt in Zusammenarbeit mit Kommunen interdisziplinäre Wettbewerbe für Studierende aus.
- Der IfR schreibt jährlich einen Internetpreis für Kommunen und Gebietskörperschaften aus.
- Der IfR kooperiert mit internationalen Planungsverbänden.
- Der IfR gibt die Mitglieder- und Fachzeitschrift *RaumPlanung* heraus.

Informationen zur Mitgliedschaft: [www.ifr-ev.de](http://www.ifr-ev.de)



■ *Die Grundsteuer müsste sich doch dann erheblich ändern?*

Die Grunderwerbssteuer müsste man in Städten, die man neu besiedeln will, senken, damit brachliegendes Land leichter einen Käufer findet. Ich plädiere außerdem schon lange für eine Grundsteuer, die mit Hebesätzen für Baugebiete ausgestaltet werden kann. Insgesamt darf der Boden nicht billiger werden. Es muss teurer werden, im Außenbereich neuen Boden zu erschließen, und es muss preiswerter werden, im Innenbereich zu bauen, wo die Infrastruktur schon vorhanden ist.

■ *Sehen Sie eine Chance dafür? Darüber ist schon vor dreißig Jahren diskutiert worden.*

Ja. Das Bewusstsein breitet sich aus. Es ist schwierig, weil die Leute, die darüber reden, in viel zu großen Wohnungen leben. Es ist ähnlich wie beim Energieverbrauch, wo alle sagen, es muss weniger Energie verbraucht werden, aber dann kaufen sie sich den 16 Liter verbrauchenden Geländewagen. Die führende Schicht sind diejenigen, die Energie in hohem Maße verbrauchen und Fläche gebrauchen.

Ich erinnere mich lebhaft, dass ich mich vor dreißig Jahren als Berichterstatter vom Bundesbaugesetz vergeblich für einen Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ eingesetzt habe. Aber das wurde damals von allen Beteiligten nicht gewollt. Doch selbst konservative Regierungen wie die von Baden-Württemberg haben jetzt einen Rat für Nachhaltigkeit, der ihnen sagt, so geht's nicht weiter. Sie handeln leider noch nicht danach. Da wird immer noch versucht, Außenbereichsflächen zu Bauflächen zu machen, ohne dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird... Ich bin trotzdem optimistisch. Solche politischen Bewusstseinsprozesse dauern lang. Da gibt's kurzfristig ein Fenster, auf einmal geht ganz viel – und dann geht wieder jahrelang nichts. Ich hoffe, dass wir jetzt kurz vor der Öffnung eines Fensters sind.

■ *Im Vermittlungsausschuss ist im letzten Jahr die Abschaffung der Eigenheimzulage zu Gunsten der Städtebauförderung nicht durchgekommen. Da ist doch eher ein Fenster zugeschlagen worden. Im Moment sieht es so aus, dass das Geld einer abgeschafften Eigenheimzulage für andere Dinge verwendet werden wird. Es ist jetzt schon sicher, dass beim Ende des Projekts „Stadtumbau Ost“ im Jahr 2009 erhebliche Mittel fehlen werden, um den Prozess in Gang zu halten. Bei den Leerständen wird sich insgesamt nicht viel geändert haben. Es sieht doch nicht so aus, als ob durch Gesetz oder Verordnung die Finanzierung eines nachhaltigen Prozesses gesichert würde.*

Die Vermittlungsverfahren zur Steuer- und Haushaltspolitik des Bundes waren parteipolitisch bestimmt. Das nennt man auch „organisierte Verantwortungslosigkeit“. Man muss jetzt sehen, wie die nächsten Vermittlungsverfahren verlaufen. Mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, dem neuen Bürgermeister von Hamburg, dem Regierungs-

chef des Saarlands und auch Frau Roth, der Frankfurter Oberbürgermeisterin, gibt es in der derzeitigen Opposition mahnende Leute, die auf eine andere Politik hinarbeiten. Ich will die Hoffnung nicht aufgeben. Aber die Wut nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 war entsetzlich und hat zu blutrünstigen Sprüchen und einer Stammtischdiskussion geführt, die ich angesichts der Probleme des Landes für obszön halte.

■ *Sie haben ja vorletztes Jahr ein Lesebuch für Architekten in Fortsetzung einer Tradition von Fritz Schumacher herausgebracht. Ist das ein Versuch, das Thema Baukultur wieder der Architektenschaft selbst näher zu bringen, oder war die Motivation eine andere?*

Meine Frau hat ein Architekturantiquariat; so bin ich mit vielen alten Büchern gesegnet. Als ich den Schumacher in der Hand hatte, habe ich festgestellt, dass Schumacher von den Nazis bald nach der Machtübernahme entlassen worden war. Er war bei der Herausgabe seines Lesebuchs klug: Es war ein einziger Konzessionsartikel im Buch enthalten. Nach dem Krieg wurde der alte Stehsatz genommen, man hat diesen Teil überklebt, einen Aufsatz rausgenommen und Schumachers Lesebuch wieder veröffentlicht. Ich habe mich gefragt: Welche würde man heute dazu nehmen und was würde ich heute jungen Architekten zu lesen empfehlen? Die Auswahl der Texte habe ich zu verantworten. Mein Buch hat sich gut verkauft, der Verlag war zufrieden, es ist inzwischen vergriffen und meine Frau hat es schon antiquarisch (lacht). Vielleicht wird es in zehn Jahren eine Neuauflage geben, die mache ich dann aber nicht mehr.

■ *Was sind denn nun für den Nachfolger/die Nachfolgerin im Amt mögliche Schwerpunkte der zukünftigen Kammerarbeit? Die Novellierung der HOAI ist wohl noch nicht zu Ende diskutiert?*

In der Berufspolitik wird es weiter um die 6. HOAI-Novelle gehen. Ich glaube jedoch nicht, dass diese vor meinem Ausscheiden zustande kommt. Ich bin jedoch nicht ohne Hoffnung, weil das Kolloquium, das wir mit Bauherren gemacht haben, überraschend gut verlief. Mit wenigen Ausnahmen waren nicht nur die öffentlichen, sondern auch die privaten Bauherren der Meinung, dass eine HOAI erforderlich sei. Von daher könnte ich mir vorstellen, dass auch die Bundesregierung und der zuständige Wirtschaftsminister zu der Einsicht kommen, eine novellierte HOAI sei notwendig. Vom Bauminister bekommen wir da gute Unterstützung.

Ein zweites wichtiges Gebiet wird die Vergabereform sein. Die Europäer haben eine entsprechende Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge vorgelegt. Auf der einen Seite gibt es eine Entbürokratisierungsfraktion, die alle Vorschriften streichen will. Wir sind der Meinung, dass VOB, VOF, VOL auch korruptions-hemmende Bestimmungen haben. Es ist doch ein Unterschied, ob man Toiletten-

papier für 20 Finanzämter ausschreibt oder den Umbau einer Schule. Dies alles unter einer Vergabeordnung zu machen, halten wir für absurd.

Europäisch wird es um die Berufsankennungsrichtlinie und deren Standards gehen. Schließlich wird es auch um die freien Berufe in Europa gehen. Wir wollen klar machen, dass eine Zivilgesellschaft in Fragen von Recht, Gesundheit und Umwelt freie Berufe benötigt. Diese können nicht so behandelt werden wie etwa der Einzelhandel.

Im Innenverhältnis habe ich den Eindruck, dass in den letzten drei Jahren das Verhältnis der Verbände zueinander und zu den Kammern freundlicher geworden ist. Am Anfang waren wir dort geduldete Gäste. Inzwischen wird akzeptiert, dass wir unser Wissen und unsere Verbindungen im Interesse aller weitergeben. Das Verbändegespräch ist tragfähiger geworden. Die Probleme liegen eher zwischen der Bundeskammer und den Länderkammern. Es wird sich die Frage stellen, wie die Länderkammern mit sinkenden Beiträgen und entsprechenden Auswirkungen die Zukunft gestalten wollen. Aber bereit zum Sparen ist man voraussichtlich erst, wenn es richtig weh tut. Welche Aufgaben die Bundeskammer für die 16 Kammern übernehmen wird und wie man diesen Prozess organisieren wird, ist zu diskutieren.

■ *Wir Stadtplaner und Stadtplanerinnen kennen das ja schon länger, dass die Berufstätigkeiten nicht unbedingt mit den Eintragungsverordnungen der Länderkammern übereinstimmen. Die Berufsbilder verändern sich schnell. Auch bei den Architekten ist es wenig anders. Es gibt immer weniger Berufsanfänger, die die Chance haben, in drei oder vier Jahren alle diejenigen Praxisleistungen zu erbringen, die notwendig wären, um Kammermitglieder zu werden. Muss das nicht zwangsläufig dazu führen, dass man die Eintragungsverordnungen anpasst, verändert, die Berufsbilder sozusagen neu beschreibt?*

Wir liegen mit unseren Eintragungsvoraussetzungen unter dem internationalen Standard der UIA, der mindestens fünf Jahre Studiendauer vorschreibt. Ich wäre froh, wir würden die Standards in Deutschland daran anpassen. Jedes

Jahr werden hierzulande bei sinkendem Bauvolumen doppelt so viele Absolventen auf die Welt losgelassen, wie Büros in Ruhestand gehen. Ich sehe leider bei den Hochschulen geringe Bereitschaft zur Korrektur, da weniger Studierende auch zu weniger C3- und C4-Stellen führen. Ich fürchte auch, dass die Bachelor/Masters-Diskussion Reformen nicht vereinfachen wird. Es wäre fatal, wenn es dazu käme, dass ein vierjähriger Bachelor Architekt werden kann – was es in der ganzen Welt nicht gibt. Es gibt im Architekturbüro eines eingetragenen Architekten auch Tätigkeiten, die ein Bachelor ausüben kann, der nicht eingetragener Architekt ist. Die jungen Leute werden ihre Tätigkeitsfelder verbreitern müssen. So, wie sich das heute an den Hochschulen noch darstellt, dass man alleine mit dem Entwurf sein Leben bestreiten kann, wird das nicht gehen. Das wird übrigens auch die Frage der gewerblichen Tätigkeit betreffen. Das Thema handhaben einige Kammern sehr locker, andere sehr streng. Es ist doch einzusehen, dass Architekten, die keine Aufträge mehr haben, selbst bauen und die Häuser verkaufen. Hierfür gibt es auch erfolgreiche Beispiele. Der Wandel der Berufsbilder, da haben Sie recht, wird auch zu einem Wandel der Berufsordnungen führen.

■ *Müssen die Kammern die Frage einer Reform der Ausbildung und eine Verlängerung der Weiterbildung auf drei oder vier Jahre nicht gemeinsam angehen?*

Ja, doch einige Kammern wollen nicht: Sie fürchten wohl, dass sie weniger Beitragszahler haben. Im Moment ist die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln noch nicht entwickelt. Ich bin jedoch von der Entwicklung her nicht unzufrieden. In den fünfeinhalb Jahren, die ich der BAK vorsetze, ist die BAK besser geworden. Wir haben Arbeitsmethoden gefunden, gutes Personal in der Geschäftsstelle, wir werden auch in der Politik wahrgenommen. Gleichzeitig geht es dem Berufsstand schlechter; das ist schlimm. Die Bundesarchitektenkammer hat dagegen einen Aufschwung genommen. Das soll sich auch so fortsetzen, denn die Architekten brauchen eine gute berufspolitische Vertretung.

■ *Herr Conradi, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

- Anzeige -

fachbücher + erbauliches



## bücher TURM

architektur | bauen | planen

Heiliger Weg 60 | D-44135 Dortmund  
TEL (02 31) 2 06 30 53  
www.buecher-turm.de

die Buchhandlung des  
DORTMUNDER VERTRIEB  
FÜR BAU- UND PLANUNGLITERATUR  
Di-Fr 13 – 18 Uhr, Sa 11 – 15 Uhr